Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3, L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10.
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 185. **Sonntag** den 12. April 1903. **97. Jahrgang.**

Aus der Woche.

Seitdem im Juli 1870 Graf Bismarck in Varzin, König Wilhelm in Ems, wo sie nicht an die „Händel dieser Welt" denken wollten, von dem Lärm überrascht worden sind, der im Verlaufe weniger Tage zu dem großen Kriege führen sollte, hat es keine Berechtigung mehr, aus den Erholungsreisen unserer Staatsmänner unbedingt friedliche Schlüsse zu ziehen. Wir müssen uns begnügen, ihre Abwesenheit von der Reichshauptstadt dahin zu deuten, daß sie selbst keine ernsteren Ereignisse, die ihre Anwesenheit erfordern würden, erwarten. Obwohl gegenwärtig an Zündstoff in den Ländern Europas wahrlich kein Mangel ist, können der deutsche Reichskanzler, die Minister und Staatssekretäre, die jetzt einen kurzen Osterurlaub genießen, ziemlich sicher sein, daß sie nicht vor der Zeit durch irgend ein explosiv auftretendes Ereignis zurückberufen werden. Denn gerade jetzt sind wir Zeugen von Vorgängen der internationalen Politik und Courtoisie, die unmöglich anders gedeutet werden können, als im Sinne tiefinnerster Abneigung der Großmächte gegen den Krieg.

Wir haben der Haager Schiedsgerichts-Episode in diesem Zusammenhange niemals entscheidende Bedeutung zumessen können. Der Gedanke des schwach oder gar nicht bewaffneten Friedens eilt unserer Zeit weit voraus. Noch gilt unter dem Zwange der Verhältnisse das Dogma vom bewaffneten Frieden. Die Entschlossenheit, das Volk in der Schule der allgemeinen Wehrpflicht kriegstüchtig zu erhalten, ist genau so groß, wie der feste Wille, den Krieg, so lange Würde und Machtstellung es irgend erlauben, zu vermeiden. Diesem vom Fürsten Bismarck seit 1871 mit glänzendem Erfolge und zum Ruhme des Deutschen Reiches durchgeführten Prinzipe hängen heute allgemein die Großmächte an. Wenn Präsident Roosevelt die Lehre seinen Amerikanern jetzt wie etwas Neues bringt, so wissen wir, daß sie zu ihm über den Ozean gekommen ist, wie die ganze amerikanische Kultur. In Europa bewährt sich diese Politik heute ganz besonders auf dem Balkan. Die makedonischen und die albanesischen Unruhen haben eine solche Ausdehnung, eine solche Heftigkeit angenommen, wie seit Jahren nicht. Und dennoch zittern wir nicht mehr für den Frieden Europas. Der englisch-russische Gegensatz von den früheren Orientkriegen ist kaum noch wahrzunehmen, seitdem im ferneren Osten diese Rivalitäten zum Austrag kommen. Oesterreich-Ungarn und Rußland arbeiten hier nicht mehr gegen, sondern mit einander und zwingen der ganzen Balkanpolitik den imperativen Willen zum Frieden auf. Gegen den Sultan für die balkanische Christenheit wie Nikolaus I. oder Alexander II. das Schwert zu ziehen, diesen Gedanken weist die zarische Suttner-Politik weit von sich ab. Die Befürchtung aber, daß die innere Gärung Rußland zum Kriege treiben könnte, vermögen wir nicht zu teilen. Denn die Lage ist dort, wenn auch ernst, so doch keineswegs verzweifelt, und die wirtschaftlichen Unternehmungen des Zarenreiches vertragen sich mit einer kriegerischen Politik ganz und gar nicht. Man ist am Petersburger Hofe nicht kriegerisch gesinnt. Will noch sogar irgend ein Lakai, dessen Weisheit man sich nach London hat telegraphieren lassen, erfahren haben, daß es dem Kaiser Wilhelm in Kopenhagen gelungen sei, die den Deutschen bisher nicht freundlich gesinnte Kaiserin-Witwe von Rußland „gänzlich umzustimmen". Wenn alle Deutschen, soll sie gesagt haben, so wie ihr Herrscher seien, dann sei sie fortan deren Freundin. Das Geschwätz wäre der Erwähnung nicht wert, bezeichnete nicht auch derartige Uebertreibung die Stimmung, die der Kaiser in Kopenhagen hervorgerufen und hinterlassen hat. Trotz ehrlichster Versuche hat man im Hause der Schwiegermutter Europas die Störung des Friedens ja nie fertig gebracht. Jetzt dürfen wir annehmen, daß auch die Versuche nicht mehr stattfinden werden, und das ist immerhin ein Gewinn. So ist auch diese Geburtstagsreise ein Beitrag zur europäischen Friedenspolitik. Noch bedeutsamer aber erscheinen die für die nächste Zeit bevorstehenden weiteren Reisen europäischer Staatsoberhäupter. Präsident Loubet kann Tunis aufsuchen, ohne daß darüber Italien in Aufregung gerät, ja ein italienisches Geschwader wird ihm bei seiner Mittelmeer-Fahrt sogar besondere Ehren erweisen. Der König von England lenkt von den Häfen des eng verbündeten Portugal seine Schiffe an die Küste der Dreibundmacht Italien und sucht in deren Hauptstadt den König Viktor Emanuel auf. Unmittelbar nachher wird ihn die Zweibund-Macht Frankreich in Paris erscheinen sehen, ohne daß darüber irgend ein Kabinett auch nur die mindesten Beschwerden empfindet. Eine Förderung des Friedens-Gedankens, wenn er sich nicht auf Abrüstung richtet, ist eben allen Völkern höchst willkommen, besonders in dieser Osterzeit.

Man hat in zweifacher Hinsicht versucht, die Kopenhagener Kaisertage mit inneren deutschen Fragen in Zusammenhang zu bringen. Es ist selbstverständlich nicht daran zu denken, daß Preußen seine sehr nationale Politik in Nordschleswig auch nur um Haares Breite modifizieren sollte, weil Kaiser Wilhelm sich einige Tage in den Palästen König Christians wie ein „Sohn des Hauses" gefühlt hat. Solche Utopien überlassen wir dem Apostel der Ungereimtheiten, Herrn Björnsterne Björnson. Aber auch die sozialdemokratische Zumutung, es solle der Kaiser seine Eindrücke von dem Kopenhagener Genossen-Bürgermeister auf die deutschen Verhältnisse anwenden, verdient keine Beachtung. Zunächst wird dieser Eindruck wohl nicht so erschütternd groß gewesen sein. Vor allem aber haben die deutschen Sozialdemokraten in ihren Parteiorganen noch nie den Versuch gemacht, die Träger der Monarchie und des Staatsgedankens auch nur mit einem Tausendstel jener Höflichkeit zu behandeln, die als nicht doktrinär verbohrte Männer ihre Kopenhagener Genossen jetzt bekundet haben. Die Führer der deutschen Sozialdemokratie sind nicht nur viel ungewandter als diejenigen anderer Länder, sondern sie sind auch nicht national, wie beispielsweise ein Jaurès, der den Franzosen in keinem seiner Worte, in keiner Anschauung verleugnet. Es paßt zu der Gesamterscheinung, daß für den Wahlkampf die deutsche Sozialdemokratie sich mit auswärtigen Geldmitteln unterstützen läßt. Wenn in der „Kreuzzeitung" und anderen Blättern immer wieder geklagt wird, der Kampfesruf gegen die Sozialdemokratie werde von den bürgerlichen Parteien nicht allgemein und nicht entschieden genug erhoben, so können wir das nicht gelten lassen für diejenigen Gebiete, in denen die sozialdemokratische Gefahr im Vordergrunde steht. Jene reaktionären Blätter meinen im Grunde auch etwas ganz anderes. Sie möchten auch dort, wo nur sozialdemokratische Minoritäten sind, eine Solidarität ihrer Gegner zu Gunsten reaktionärer Parteien, vor allem des Zentrums, entstehen sehen. Das aber ist ein Gerinnsel, über den der lebenskräftige Liberalismus jetzt längst zur Tagesordnung übergegangen ist. Mehr vielleicht, als es eine über das Stimmenzählen nicht hinausgehende Wahltaktik verträgt, entschiedener, als es den Kompromißnaturen einzelner Führer entspricht, haben die Karlsruher Nationalliberalen den Gegensatz gegen den Ultramontanismus betont. Wir rechnen es ihnen zum Ruhme an, daß ihre Haltung, wie es in einem ultramontanen Organe heißt, es dem Zentrum unmöglich gemacht, irgend ein Kompromiß mit ihnen einzugehen, um den Sozialdemokraten den Sieg zu erschweren. Pfarrer Wacker schreibt jetzt: „Für uns vom Zentrum ist die Lage sehr klar. Unser Hauptfeind bei den kommenden Wahlen ist der Nationalliberalismus wie seit vielen Jahren." Der Unterschied ist nur der, daß heute die Gefolgschaft von freisinnigen Demokraten und Sozialdemokraten nicht mehr, „wie seit vielen Jahren", hinter Herrn Wacker steht. Die Nationalliberalen brauchen also die Wackerschen Drohungen nicht allzu ernst zu nehmen. Was aber Karlsruhe betrifft, so ist nach unsrer Kenntnis von den Verhältnissen lediglich das Maß von Agitation und Energie, das von der nationalliberalen Partei aufgewendet wird, entscheidend für den Ausgang. Daß in Baden des Zentrums Weizen heute nicht mehr blüht, wie „seit vielen Jahren", muß auch die Regierung des Landes allmählich begriffen haben. Sie kann jetzt nicht mehr riskieren, sich nachsagen zu lassen, ihre Stimmen würden im Bundesrate zu Gunsten der Jesuiten abgegeben werden. Die Verantwortung, in dieser Richtung etwa den Ausschlag gegeben zu haben, wäre angesichts der gegenwärtigen Stimmungen des badischen Volkes zu groß. Daß es aber mit dem ewigen Hinausschieben der Entschädigung jetzt bald sein Ende haben muß, ist an dieser Stelle schon hervorgehoben worden. Ja, wir möchten noch weiter gehen. Es müßte gesetzgeberisch eine Frist bestimmt werden, innerhalb welcher der Bundesrat verpflichtet wäre, seine Stellung zu Beschlüssen des Reichstags einzunehmen und öffentlich bekannt zu geben. Wir können es nicht als zulässig erachten, daß der Bundesrat etwa drei Jahre, nachdem der Reichstag in einer Zeit tiefsten kirchenpolitischen Friedens sich für die Aufhebung des Jesuitengesetzes ausgesprochen hat, einem solchen Beschlusse unter veränderten Verhältnissen beiträte. Die gesetzgeberische Kraft eines solchen Reichstagsbeschlusses muß nach gegebener Frist erlöschen. Wir meinen daher, daß der Bundesrat, wenn er, — was ja nicht mehr allzu wahrscheinlich ist, — für die Aufhebung des § 2 sich entschiede, die ganze Angelegenheit noch einmal vor den Reichstag bringen müßte. Nicht zu dulden aber ist die Gepflogenheit, Reichstagsbeschlüsse nach Belieben zu beachten oder zu ignorieren. Auch für den Bundesrat heißt es Rede stehn und Farbe bekennen.

Zusammenschluß der Warenhäuser und Großbazare.

D. Ende Februar begründeten die Inhaber von Warenhäusern und Großbazaren einen „Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser" mit einem eigenen Sekretariat. Am zweiten Osterfeiertag wird dieser Verband in Berlin eine außerordentliche Generalversammlung abhalten, zu der alle Besitzer von Warenhäusern und Großbazaren eingeladen sind. Der Verband macht es sich zur Aufgabe, die Interessen der Warenhäuser wahrzunehmen, alle Angriffe nötigenfalls durch Prozesse auf gemeinsame Kosten abzuwehren, insbesondere bei den Feuerversicherungsgesellschaften günstigere Bedingungen durchzudrücken und nicht zuletzt die Agitation gegen die preußische Umsatzsteuer zu führen oder mindestens Steuerermäßigungen auf die eine oder die andere Weise zu erwirken. Von übereifrigen Freunden der Großbazare ist zwar behauptet worden, daß die Warenhaussteuer auf die Lieferanten abgewälzt werde. Indessen läßt sich diese Behauptung nicht ernsthaft begründen. In Wirklichkeit ist die Warenhaussteuer für die betreffenden großkapitalistischen Unternehmer eine unangenehme Einrichtung. Auch hat sie immerhin einige Erfolge gehabt, wenn schon sie das Entstehen neuer Großbazare und Warenhäuser nicht hindern konnte.

Tatsächlich sind von großkapitalistischen Spekulanten Warenhäuser und Großbazare weit über das Bedürfnis hinaus gegründet worden und die Unternehmer müssen nunmehr bemüht sein, immer neue Lockmittel und Tricks zu ersinnen, um möglichst großen Zulauf zu erlangen. Einer sucht darin den andern zu übertreffen und vielleicht wird der neue Verband Regeln auch für die planmäßige Anwendung von Tricks und Lockmitteln schaffen oder mindestens anempfehlen. Ratschläge dieser Art findet man schon heute in Fachorganen. Da wird den neuen Großbazaren und Warenhäusern angeraten, den Kindern Geschenke zu geben, damit sie die Mutter quälen, nach dem neuen Geschäfte zu gehen, ferner Haushaltungsgegenstände, Tablets oder Wachstücher, auch Küchenschürzen mit aufgedruckter Firma unter dem Preise abzugeben. So verkaufte ein Breslauer Großbazar bei der Eröffnung Tausende von vernickelten Tabletts mit eingravierter Firma, das Stück zu 9 Pfg., während die Tabletts den doppelten Wert gehabt haben sollen. Diese Reklame ist jedenfalls billiger als Zeitungsanzeigen und dergleichen. Bei der Eröffnung neuer Geschäfte soll man „Eröffnungspreise" ankündigen, nach einigen Wochen „Ausnahmepreise" für einige Artikel, später „Gelegenheits-" und „Partiepreise" usw.

Daneben erfolgt die Verleitung der Besucher zum Kauf so planmäßig und raffiniert wie möglich, doch sind die nordamerikanischen Geschäfte nach dieser Richtung hin noch um etliche Nasenlängen voraus. In einigen nordamerikanischen Großbazaren werden beispielsweise Theateraufführungen mit freiem Eintritt für die Besucher veranstaltet, doch müssen die Besucher, ehe sie den Eintritt zum Theatersaal erreichen, nahezu das ganze Warenhaus durchlaufen, und da ist die Verlockung so groß, daß sie fast niemals ungerupft davonkommen. Gelegentlich überschreitet die Konkurrenz der Großbazare die parlamentarischen Grenzen. Zu Mülhausen i. E. haben zwei großkapitalistische Spekulanten dieser Art Warenhäuser errichtet. Unlängst kündigte die eine Firma, Wronker & Co., eine große „Orangenschlacht" an mit den Worten: „Lassen Sie sich nicht durch schmutzigen Konkurrenzneid irreführen. Wronker & Co. bleiben die billigsten am Platze." Darauf antwortete die betroffene Konkurrenzfirma Gebr. Alsberg: „Orangensieg. Die von der Konkurrenz offerierten Orangen kosten bei uns pro Dutzend 10 Pfg. weniger." Und mit derartigen Elementen soll das Elsaß germanisiert werden! Amerikanisiert, und wenn das Treiben so fortgeht, kommen wir auch in Alt-Deutschland bald zu amerikanischen Zuständen.

Deutsches Reich.

C. H. Berlin, 11. April. Der Jahresbericht des internationalen Bureaus des Weltpostvereins für 1902 ist erschienen. Das interessante Aktenstück zeigt, daß der Weltpostverein langsam aber stetig vorwärts dringt. Dem Weltpostvertrage sind 1902 Kuba und Kreta beigetreten, die freilich beide als Teile anderer Länder schon vorher dem Weltpostverein angehört hatten. Nach der dem Jahresberichte beigegebenen Uebersicht der Vereinsländer bestand der Weltpostverein Ende 1902 aus 127 Postgebieten, darunter 73 Kolonialgebieten; die Zahl der Gebiete würde erheblich größer erscheinen, wenn nicht die Gesamtheit der französischen Kolonien als ein einziges Gebiet gezählt wäre. Unter den Vereinsländern nimmt der Einwohnerzahl nach Deutschland mit 56,3 Millionen Bewohnern die vierte Stelle ein. Volkreicher als Deutschland sind Britisch-Indien (295,2 Millionen Einwohner), Rußland (128,9 Millionen) und die Vereinigten Staaten von Amerika (76,1 Millionen). Nach Deutschland kommt an fünfter Stelle Japan mit 46,5 Millionen Bewohnern. Die dem Umfange nach größten Vereinsgebiete sind Rußland (22,5 Millionen Quadratkilometer), Kanada (9,6 Millionen Quadratkilometer), die Vereinigten Staaten von Amerika (9,4 Millionen Quadratkilometer) und Brasilien (8,4 Millionen Quadratkilometer), während Deutschland mit 540 743 Quadratkilometern erst an 31. Stelle kommt. Das gesamte Gebiet des Weltpostvereins umfaßt zur Zeit 106 603 028 Quadratkilometer mit 1 102 038 581 Einwohnern. Es gehören also, da der Flächeninhalt der fünf Erdteile mit Einschluß der Polargebiete rund 136,4 Millionen Quadratkilometer mit rund 1½ Milliarden Bewohnern ausmacht, rund 30 Millionen Quadratkilometer mit rund 400 Millionen Einwohnern dem Weltpostvereine noch nicht an. Bei dieser Berechnung ist zu berücksichtigen, daß es sich bei den nicht zum Verein gehörigen Gebieten, abgesehen von China, um weit ausgedehnte und zugleich wenig bevölkerte Gebiete handelt; sodann, daß verschiedene Länder, obwohl sie dem Weltpostvereine nicht angehören, in Bezug auf die Abwickelung ihres Postverkehrs doch als ihm angegliedert erscheinen, weil in ihnen von fremden Postverwaltungen unterhaltene Vereinspostanstalten bestehen. Ganz besonders gilt dies von China, wo deutsche, englische, französische, russische, amerikanische und japanische Vereinspostanstalten vorhanden sind (im letzten Jahre kamen 3 deutsche und 6 französische Postanstalten in China hinzu), ferner von Marokko, wo Vereinspostanstalten von Deutschland, England, Frankreich und Spanien unterhalten werden und 1902 5 neue spanische Postanstalten errichtet worden sind.

* Berlin, 11. April. Die Geschäftsordnung des Reichstages ist merkwürdigerweise noch niemals Gegenstand einer juristischen Darstellung gewesen. Jetzt hat Privatdozent Dr. Perels unter dem Titel „Das autonome Reichstagsrecht" eine solche Darstellung erscheinen lassen, die sich auf eine Durchsicht und Verarbeitung des auf mehr als 140 000 Spalten der stenographischen Berichte sämtlicher Reichstagsverhandlungen aufgespeicherten Stoffes stützt. Perels erörtert die Geschichte der Geschäftsordnung, die rechtliche Natur ihrer Verbindlichkeit und ihren Geltungsbereich, sowie die Beziehungen zwischen Reichstagsrecht und Reichstagsbrauch, er behandelt alsdann systematisch die verschiedenen Teile der Geschäftsordnung. Der Verfasser will seine juristische Darstellung durch politische Erwägungen nicht beeinflussen lassen. Der Mangel einer solchen Behandlung der Geschäftsordnung mit Erörterung und Zusammenstellung aller Präzedenzfälle hat sich insbesondere bei der letzten Beratung über die Zolltarifvorlage im Reichstage fühlbar erwiesen. Indes ist zur Abhülfe dieses Mangels erforderlich eine Durchsicht nicht nur der stenographischen Berichte, sondern auch aller auf die Geschäftsordnung bezüglichen Akten im Bureau des Reichstages. Um die Kontroversen der Geschäftsordnung vollständig richtig zu würdigen, muß man wohl auch längere Zeit praktisch die Geschäftsordnung kennen gelernt haben.

* Berlin, 11. April. In der staatlichen Fürsorgeaufdem Gebiete der Wohnungsfrage ist unter den deutschen Einzelstaaten bisher das Großherzogtum Hessen am weitesten vorangeschritten. Vor einiger Zeit ist dort ein Wohnungsgesetz erlassen worden, zu dem jetzt die Ausführungsbestimmungen bekannt gegeben sind. Dem durch das Gesetz eingeführten Landes-Wohnungsinspektor werden folgende Aufgaben zugewiesen:

1) Die Errichtung gesunder und billiger Wohnungen für Minderbemittelte in Stadt und Land, namentlich bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern, bei Gemeinden und kommunalen Verbänden anzuregen und diese sowohl, wie gemeinnützige Vereinigungen und sonstige Interessenten in allen auf Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Minderbemittelten gerichteten Bestrebungen mit Rat und Tat zu unterstützen;

2) die Gründung gemeinnütziger Baugenossenschaften oder sonstiger Vereinigungen zum Zwecke gemeinnütziger Bautätigkeit anzuregen und zu fördern;

3) die auf Grund des Wohnungsfürsorgegesetzes eingehenden Gesuche um Darlehen aus der Landeskreditkasse zu begutachten;

4) bei der Ueberwachung der Verwendung dieser Darlehen und der Erfüllung der hierüber bestehenden gesetzlichen und vertragsmäßigen Vorschriften mitzuwirken;

5) in dem Zwangsverfahren gegen Gemeinden als Sachverständiger Gutachten abzugeben, und

6) statistische Nachweise auf allen Gebieten des Wohnungswesens zu beschaffen und über die sich ergebenden Fragen, sowie über seine eigene Tätigkeit alljährlich einen Jahresbericht zu erstatten.

Der Landeswohnungsinspektor ist ferner, wie der „Soz. Prax." zu entnehmen ist, angewiesen, alle Gemeinden durch Raterteilung über die Einrichtung derselben zu den durch Raterteilung über die zweckmäßige Ausgestaltung der örtlichen Wohnungsinspektion zu unterstützen. In den größeren Gemeinden ist die Einrichtung derselben unter allen Umständen anzustreben. In erster Linie sollen zu Wohnungsinspektoren Personen mit besonderer Sachkenntnis, wie Aerzte, Architekten usw. bestellt werden. Untergeordnete Polizeiorgane sind nur für kleinere Gemeinden und nur ausnahmsweise zulässig. Hier zeigt sich das Bestreben der Regierung, durch möglichste Umgehung der ordentlichen Polizeiorgane das Schema zu vermeiden und Personen auf deren Sachkenntnis sie dann kann, zur Ausführung einer polizeilichen Ueberwachung heranzuziehen. Als berufenste Trägerinnen der Bestrebungen zur Verbesserung des Kleinwohnungswesens bezeichnet die Regierung die Gemeinden und die weiteren Kommunalverbände. Diese sollen, ehe sie selbst zur Abhülfe schreiten, die Bauvereine bei ihrer Tätigkeit unterstützen durch das unentgeltliche Zurverfügungstellen ihrer Baubeamten, durch die Uebernahme von Anteilscheinen, die Bewilligung von Vergünstigungen bei der Verzinsung und Tilgung der aufgenommenen Baudarlehen, durch die Gewährung hypothekenfreier Baudarlehen aus ihren Mitteln. Weiter ist die Ueberlassung von billigem Baugelände an die Vereine zu Eigentum oder in der Form des Erbbaurechtes sowie die Uebernahme der Beitragskosten für Herstellung von Straßen und Kanälen anempfohlen.

* Berlin, 11. April. Zur Syndikatsfrage schreibt man der „Köln. Ztg.": Es ist eine sehr bedauerliche und oft beklagte Erscheinung, daß gerade in Deutschland, dem Lande, das durch seine ewige Uneinigkeit und Zersplitterung so viel Schaden erlitten hat, auch in unseren Gewerbekreisen ein geschlossenes Eintreten, ein festes Zusammenhalten aller Berufsgenossen, um ein einheitliches wirtschaftliches Ziel zu erreichen, sich nur unter den größten Schwierigkeiten verwirklichen läßt. Es gibt immer Eigenbrödler, die zwar auch das Ziel als erstrebenswert anerkennen, aber mit größter Hartnäckigkeit darauf bestehen, ihre eigenen Wege zu wandeln und sich von jeder Vereinigung fernzuhalten. Es handelt sich nur sehr selten um Bewahrung der Ellbogenfreiheit; weit mehr spielt der schlimmste Eigennutz dabei seine Rolle. Man will von den wirtschaftlichen Vorteilen einer Vereinigung der übrigen Berufsgenossen zwar Nutzen ziehen, aber beileibe nicht die Lasten tragen. Das ist ein Verfahren, das unter allen Gesichtspunkten unbedingt zu verwerfen ist. Es tritt am meisten bei den Syndikaten hervor, bei denen es immer einige Nichtsyndikatteilnehmer versuchen, im Trüben zu fischen und für sich die Sahne von der Milch abzuschöpfen. Freilich pflegt sich auch hier meist der Spruch zu bewähren, daß der Krug so lange zum Wasser geht, bis er bricht. Schließlich müssen doch einmal die Syndikate von

SLUB
Wir führen Wissen.